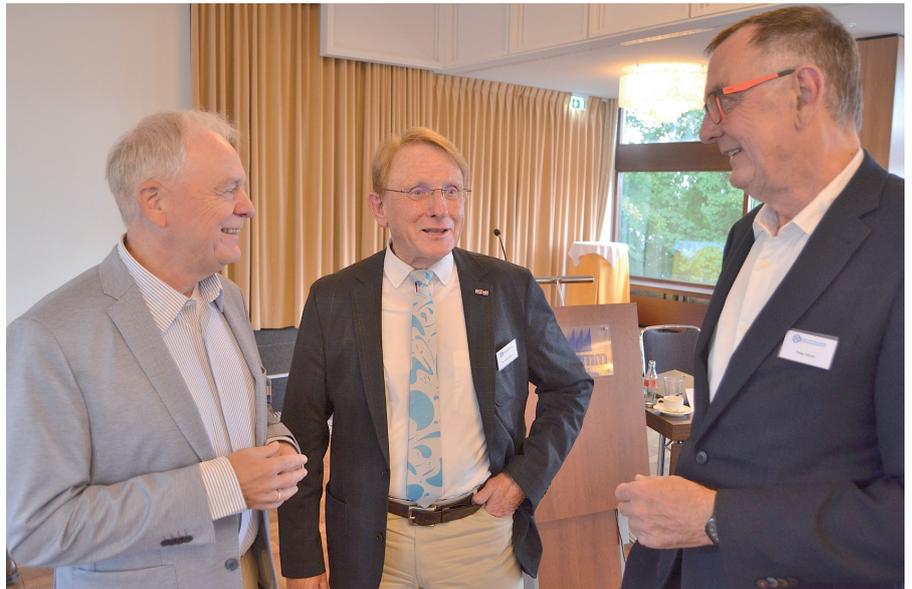


Dr. Aloys Altmann als Präsident bestätigt, Peter Höver und Jörg Sibbel neu gewählt

Einstimmige Resolution: Sondervermögen der Delegierten zielgerichtet im Land einsetzen!

Auf ihrer diesjährigen Versammlung bestätigten die Delegierten des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. am 8. Juli 2025 in Kiel Dr. Aloys Altmann aus Strande als Präsidenten des Landesverbandes. Er wurde für eine weitere dreijährige Amtszeit gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Peter Höver aus Kiel, er löst Dr. Olaf Bastian aus Schönkirchen ab, der nicht für eine neue Amtszeit kandidierte. Wiedergewählt wurde Karin Reese-Cloosters aus Dänischenhagen als Vizepräsidentin.



Neu gewählt und im Amt bestätigt (von links nach rechts): Jörg Sibbel (Verwaltungsrat), Dr. Aloys Altmann (Landesverbands-Präsident) und Peter Höver (Vorstand).
Foto: J. Welding

Neu in den Verwaltungsrat wählten die Delegierten Jörg Sibbel aus Eckernförde. Er löst Elvira Hamann aus Brunsbüttel ab, die ihr Amt auf eigenen Wunsch zur Verfügung stellte. Bestätigt wurden im Verwaltungsrat der Vorsitzende Detlef Behrens aus Rantzaufelde, Dietlind Goldbeck aus Neustadt in Holstein und Klaus Lukait aus Schwentinental. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Ebenfalls einstimmig verabschiedeten die Delegierten eine Resolution unter dem Titel „Sondervermögen zielgerichtet im Land einsetzen“. Darin wird die große Sorge ausgedrückt, dass die zusätzliche Kreditaufnahme bei Bund und Ländern die künftigen Generationen erheblich belastet. Wichtig sei es jetzt, die Investitionsmittel schnell und zielgerichtet einzusetzen. Dazu gehöre es vor allem auch, den Kommunen ihren Anteil unbürokratisch und zeitnah zuzuweisen. Ohne einen Abbau der Investitionshemmnisse bei Entscheidung, Planung und Vergabe können die konjunkturfördernden Ziele der Sondervermögen nicht erreicht werden. Den Wortlaut der Resolution haben wir auf Seite 3 dieser Ausgabe abgedruckt.

Über zehn Jahre konnten die Mitgliedsbeiträge des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein stabil gehalten werden. Jetzt machen die allgemeinen Kostensteigerungen eine Anpassung erforder-

lich. Die einstimmig beschlossene neue Beitragsordnung finden Sie auf Seite 3 dieser Ausgabe.

In seinem Grußwort machte Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, deutlich, dass der aktuelle Bundeshaushalt keinerlei Ansätze für strukturelle Einsparungen enthalte. Im Gegenteil: Die versprochene Zusätzlichkeit bei den Investitionen der Länder sei bereits wieder gestrichen worden. In der mittelfristigen Finanzplanung sinke der Investitionsanteil im Kernhaushalt. Letztlich ersetzt damit ein großer Teil der schuldenfinanzierten Investitionen lediglich ohnehin geplante Ausgaben, um Freiräume für zusätzliche Stellen in der Verwaltung, Sozialleistungen und andere Konsumausgaben zu schaffen.

Im öffentlichen Teil der Delegiertenversammlung hielt der Präsident der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein, Dr. Philipp Murmann, einen Vortrag zur Frage „Was braucht die Wirtschaft in Schleswig-Holstein, um wieder auf einen Wachstumspfad zurückzufinden?“. Darüber diskutierten die Teilnehmer anschließend mit dem Referenten und Reiner Holznagel unter der Moderation von Dr. Aloys Altmann. Einen ausführlichen Bericht über den Vortrag und die Diskussion lesen Sie auf Seite 2 dieses Nord-Kurier.

Investieren, mehr arbeiten, Gulliver befreien

Klare Botschaften von Philipp Murmann zur Konjunkturstärkung

Wenn die Konjunktur wieder anspringen soll, müsse man mutig investieren, um überhaupt eine Rendite erwirtschaften zu können. Wir alle müssten aber auch mehr arbeiten, damit die Produktivität steigt und wir die demographische Entwicklung auffangen können. Wichtig sei es dabei, den gefesselten Gulliver zu befreien, um wieder mehr Handlungsspielräume zu bekommen. Das waren die Kernforderungen, die Dr. Philipp Murmann, Präsident der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein, auf seinem Vortrag vor den Delegierten und Gästen des Bundes der Steuerzahler in Kiel erhob.

„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende“. Mit diesem Zitat des griechischen Philosophen Demokrit, begann Murmann seinen aufrüttelnden Vortrag. Nur wer investiere, könne auch eine Rendite erwarten. Deshalb müsse der Mut, gute Ideen in die Tat umzusetzen und aus dem Reden zum Handeln zu kommen, am Anfang stehen. Wichtigste Voraussetzung sei eine erfolgreiche Bildungspolitik. Denn nur gut ausgebildete und hochmotivierte Mitarbeiter könnten die notwendigen Initiativen umsetzen. Der größte Gegenspieler sei eine Bürokratie, die die Eigenschaft habe, sich selbst zu vermehren. Die einzige Möglichkeit, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, sei ein konsequenter Personalabbau auf staatlicher Ebene. Für die Staatsausgaben gelte, mehr investieren weniger konsumieren, so die klare Botschaft Murmanns.

Ohne eine Steigerung der Lebensarbeitszeit in Deutschland könne unser Standort im internationalen Wettbewerb nicht bestehen. Ob dafür Feiertage gestrichen, Karenztage für Krankschreibungen eingeführt werden oder die Wochenarbeitszeit angehoben wird, sei letztlich egal. Entscheidend sei es, den Arbeitnehmern zu vermitteln, dass die zusätzlich geschaffene Produktivität eingesetzt werde, um die Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren. Ansonsten sei es nicht möglich, das heutige Wohlstandsniveau in einer älter werdenden Gesellschaft zu erhalten.

„Gulliver muss befreit werden“, forderte Murmann unmissverständlich: „Wir müssen wieder mehr Vertrauen in Bürger und Unternehmen, mehr Freiheit bei den Entscheidungen und mehr Marktwirtschaft in unserer Wirtschaftsordnung erlauben“. Nur so könne die verloren gegangene wirtschaftliche Dynamik wieder geweckt werden.

Schleswig-Holstein stehe vor großen Chancen, die jetzt genutzt werden müssten. Als wichtigsten Standortfaktor sieht Murmann hier die erneuerbaren Energien, die schon heute mehr Strom pro-

duzieren, als im Land Schleswig-Holstein verbraucht werde. Diese Spitzenposition müsse durch die Entwicklung von Energiespeichern ausgebaut werden, um den klimaneutral erzeugten Strom bedarfsgerecht dem Markt zur Verfügung stellen zu können. Große Chancen bieten die Aufrüstungspläne der Bundesregierung und vieler anderer NATO-Partner. Traditionell sei Schleswig-Holstein ein bedeutender Standort der Wehrtechnik, der von diesen Entwicklungen profitieren könne, weil hier auf höchstem Niveau geforscht und produziert werde.



Referenten im Gespräch: Dr. Philipp Murmann (l.) mit Reiner Holznel
Foto: J. Welding

Abschließend wünschte sich Murmann ein klares Bekenntnis von Politik und Gesellschaft für ein erfolgreiches Unternehmertum: „Legen wir los und packen wir an, damit wir unsere Konjunktur wieder in Schwung bringen“.

Reiner Holznel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, richtete den Blick in seinem Grußwort vor allem auf die Bundespolitik. Es stelle sich die gesellschaftliche Frage: „Können wir eigentlich noch Wachstum?“ Zwar verspreche die schwarz-rote Koalition in Berlin große Wachstumsschübe, der nüchterne Blick auf die Realpolitik sehe jedoch anders aus. So wachse der Sozialstaat weiter. Von einer Stabilisierung der Sozialversicherungen durch Reformen sei man weiter weg als je zuvor.

Das Ziel, Deutschland wehrfähiger zu machen, sei unbestritten, so Holznel. Unsere Resilienz müsse gestärkt werden. Doch dieses sei eine Kernaufgabe des

Staaes, die aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden müsse. Nicht nur militärisch müssen wir unabhängiger werden, auch die fiskalische Unabhängigkeit von internationalen Finanzmärkten müsse in den Mittelpunkt der Politik rücken. Dazu sei eine Begrenzung der Staatsverschuldung dringend notwendig.

Holznel machte klar: „Im Koalitionsvertrag sind keine verbindlichen Strukturreformen festgeschrieben, die wir jetzt dringend brauchen!“

In der anschließenden Diskussion forderten die Teilnehmer eine höhere Wertschätzung der Menschen, die die Schaufel anpacken, statt über die Arbeit zu reden. Wichtig sei, dass die Politik wieder den Mut für konsequente Entscheidungen finde. Derzeit werde politischer Mut von den Wählern nur selten belohnt. Deshalb zögerten Politik und Verwaltung, klare Strukturreformen anzupacken, obwohl ihre Notwendigkeit unbestritten sei.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Neue Beitragsordnung ab 2026

Nach zehn Jahren Beitragsstabilität erfordern die in allen Bereichen gestiegenen Kosten eine Beitragsanpassung auch für die Mitgliedschaft im Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein. Die Delegiertenversammlung am 8. Juli 2025 in Kiel hat einstimmig die folgende Beitragsordnung beschlossen, die am 1. Januar 2026 in Kraft tritt:

1. Der Regelbeitrag beträgt zehn Euro im Monat (120 Euro im Jahr).
2. Die neuen Regelbeiträge für neue Mitglieder werden zum 1. Januar 2026 eingeführt.
3. Die Beiträge derjenigen Mitglieder, die 2026 weniger als den Regelbeitrag schulden, werden alle drei Jahre um jeweils zwölf Euro angehoben, höchstens jedoch bis zum Regelbeitrag.
4. Die Beiträge für Mitgliedschaften, die vor 2026 begonnen wurden (Altmitglieder), werden erstmals für das 2026 beginnende Beitragsjahr angepasst, frühestens jedoch nach dem dritten Mitgliedsjahr.
5. Der Vorstand kann in Einzelfällen Abweichungen von dieser Beitragsordnung beschließen.

Als Mitglied müssen Sie nichts veranlassen, die Lastschriftzüge und Rechnungen werden automatisch angepasst. Wenn Sie Fragen zur Beitragszahlung haben, wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle in Kiel.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31 / 99 01 65-0, Fax 99 01 65-11
Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

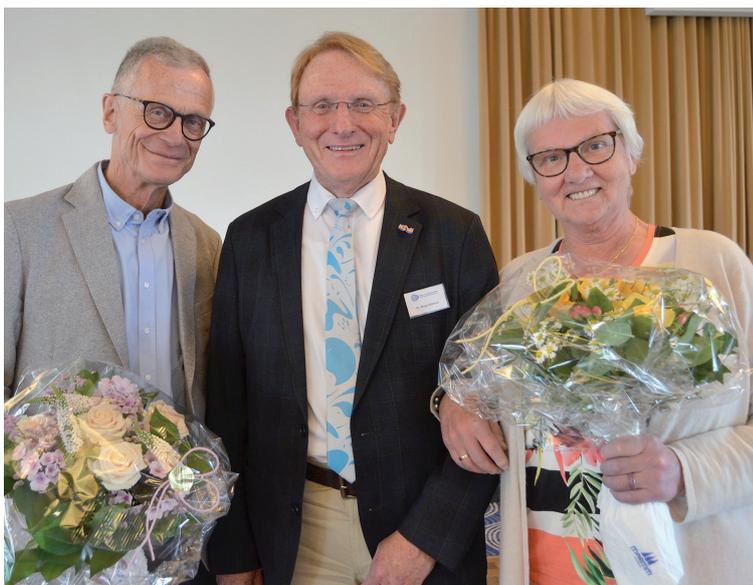
Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 54. Jahrgang, 9/2025

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, Mail: info@linemedia.de

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel



Von der Delegiertenversammlung nach langjähriger Tätigkeit für den Verband ehrenvoll verabschiedet: Dr. Olaf Bastian (l., Vorstand) und Elvira Hamann (Verwaltungsrat) mit Landesverbandspräsident Dr. Aloys Altmann
Foto: J. Welding

Sondervermögen zielgerichtet im Land einsetzen

Kommunen müssen ihren Anteil unbürokratisch erhalten

Schulden belasten künftige Generationen: Wir sehen das von der Koalition in Berlin beschlossene Sondervermögen für Investitionsmaßnahmen kritisch. Zwar gibt es einen erheblichen Nachholbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur, doch zusätzliche Schulden sind der falsche Weg. Richtig wäre es gewesen, die Investitionsmittel durch Umschichtungen zu finanzieren. Die zusätzliche Kreditaufnahme von 500 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre bedroht die Tragfähigkeit des Bundeshaushalts und damit die Zukunft!

Investitionsmittel schnell und zielgerichtet einsetzen: Schleswig-Holstein kann mit rund 290 Millionen Euro pro Jahr in den nächsten zwölf Jahren rechnen. Dieses Geld muss zweckgebunden in zusätzliche Infrastruktur für Verkehrswege, Bildung, Forschung und die innere Sicherheit fließen. Ohnehin vorgesehene Investitionen dürfen dadurch nicht ersetzt werden. Andere politische Wunschprojekte müssen zurückgestellt werden.

Die Kommunen müssen ihren Anteil unbürokratisch erhalten: 62,5 Pro-

zent der Investitionsmittel werden in Schleswig-Holstein an die Kommunen weitergeleitet. Sie betreiben den größten Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Verkehr, Sport und Bevölkerungsschutz. Ihnen muss das Geld ohne bürokratische Richtlinien und Förderprogramme unmittelbar weitergeleitet werden, damit es dort ankommt, wo es den Bürgern nutzt. Die Kommunen wissen selbst am besten, wo, wofür und

in welcher Reihenfolge investiert werden muss.

Resolution vom 8. Juli 2025

Investitionshemmnisse abbauen: Das Investitionsprogramm auf Rekordniveau muss verbunden werden mit einer radikalen Vereinfachung bei den Planungs- und Vergabevorschriften. Die Mittel müssen schnell und effektiv eingesetzt werden, damit die wirtschaftliche Entwicklung wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Gewerbe, Handel und Verkehr brauchen in Schleswig-Holstein optimale Standortbedingungen, um wirtschaftlich erfolgreich sein zu können. Davon profitieren dann auch der Arbeitsmarkt, die Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge.

Blick durch das Land



Sie gehören zu der deutschen Ostseeküste wie der Strandkorb: die Seebrücken. Die älteste bekannte Seebrücke Deutschlands ist die von Ahlbeck auf der Insel Usedom in Mecklenburg-Vorpommern, die bereits 1882 errichtet worden ist. In Schleswig-Holstein gibt es aktuell 20 Seebrücken allein an der Ostsee.

Die so beliebten Brücken haben jedoch leider eine sehr begrenzte Haltbarkeit. Das Meer ist oft stärker als der Mensch. Sturm, Wellen und Eisgang setzen ihnen so zu, dass sie regelmäßig erneuert werden müssen. Dennoch glauben die Tourismusexperten, nicht auf die Brücken verzichten zu können. Angeblich brauchen die Touristen für ihren Spaziergang auf der Promenade einen Anlaufpunkt. Von der Seebrücke aus können sie das Meer unmittelbar erleben und einen Blick von der Seeseite auf ihren Urlaubsort werfen.

In den letzten Jahren hat ein regelrechter Boom eingesetzt, neue Brücken zu bauen. Dabei gibt es offenbar einen Wettbewerb unter den Seebädern nach dem Motto: Größer, extravaganter und teurer! Die Architekten dürfen sich austoben und so kos-

tet eine neue Seebrücke schon einmal gut 18 Millionen Euro, wie die in Scharbeutz. Die Gemeinde Scharbeutz hat davon gleich zwei unterschiedliche bauen lassen, nämlich je eine im Hauptort und in Haffkrug.

Die Gemeinde mit den meisten Seebrücken in Schleswig-Holstein ist aber Timmendorfer Strand mit drei Exemplaren an ihrem etwa 6,5 Kilometer langen Strand. Doch die gerade erst 2024 für rund 12 Millionen Euro fertig gestellte neue „Maritim“-Seebrücke macht negative Schlagzeilen. Mit einer Gesamtlänge von 427 Meter führt sie flanierende Gäste in Schlingenform über die Ostsee. Doch der extra gebaute Anleger für Bäderschiffe wird von Reedereien nicht angefahren. Die Gefahr sei zu groß, dass die Bäderschiffe durch Wind und Strömung beim Anlegen auf den flachen Sandstrand gedrückt werden, so begründeten die Betreiber von Schifffahrtslinien in der Lübecker Bucht ihre Absage. Der Bürgermeister von Timmendorfer Strand hält das für Unfug, schließlich habe ihm ein alter Fischer mal gesagt, dass man dort durchaus anlegen könne. Ob die Planer im Vorfeld die richtigen Ratgeber gefragt haben, lassen wir einmal dahingestellt. Wir

konzentrieren uns lieber auf die Frage, wer das alles bezahlt.

Wenn die Seebrücken doch so wichtig sind für den Tourismus, könnte man meinen, dass sie auch von den örtlichen Kommunen oder Tourismusbetrieben finanziert werden. Doch weit gefehlt! Für neue Seebrücken erhalten die Gemeinden in Schleswig-Holstein eine Förderung von bis zu 80 Prozent aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln. Also Geld von Steuerzahlern, die in der großen Mehrheit die Seebrücke niemals betreten werden. Und hiermit erklärt sich auch, warum sie so aufwendig gestaltet werden. Voraussetzung für die Förderungen ist nämlich, dass die neue Seebrücke ein Alleinstellungsmerkmal darstellt, es also nichts ähnliches an anderer Stelle gibt.

Timmendorfer Strand hat es geschafft, eine Seebrücke zu bauen, an der Schiffe nicht anlegen können. Andere bemühen sich um besonders extravagante Architektur, um dieses Alleinstellungsmerkmal zu erreichen.

Als Steuerzahler erinnern wir uns dagegen an eine andere Redensart: „Weniger ist manchmal mehr!“ Die Zeiten teurer Seebrücken, die mit Steuermillionen errichtet werden, um wenige Jahrzehnte später ein Opfer der See zu werden, sollte vorbei sein. Es gibt auch andere Möglichkeiten, die Schönheiten des Meeres und der Ostseebäder zu erleben.

Infos zum Erbschaftsrecht in Bad Bramstedt



Über 50 Mitglieder und Gäste waren der Einladung des Bezirks-

Erben und Vererben



Informationen und Tipps vom Bund der Steuerzahler

verbandes Neumünster/Segeberg nach Bad Bramstedt in den Kaisersaal gefolgt. Sarah Patatukos-Klein, Notarin und Fachanwältin für Erbrecht aus Kiel, referierte lebhaft und praxisnah über das deutsche Erbrecht und die Möglichkeiten zu seiner Gestaltung. Wichtig sei es, so die Referentin, sich rechtzeitig in der Familie Gedanken darüber zu machen, wie der Erbfall geregelt werden soll. Ein gültiges Testament zu verfassen, ist gar nicht so schwer. Aber insbesondere bei sogenannten Patchwork-Familien, Partnerschaften ohne Trauschein und Erben, die Sozialleistungen empfangen, müsse man die Gestaltung genau planen. Am besten sei es, sich dafür fachkundig beraten zu lassen. Für erbschaftssteuerliche Aspekte sollte dabei auch der Steuerberater hinzugezogen werden, besonders dann, wenn es auch um die Nach-

folge in Unternehmen geht. Patatukos-Klein beantwortete im Anschluss viele Fragen der Teilnehmer.

Hans Peter Küchenmeister, Vorsitzender des Bezirksbeirates Neumünster/Segeberg rundet die Veranstaltung ab mit einem Bericht über die Arbeit des Beirates. Er konnte zahlreiche Veranstaltungen und Veröffentlichungen aufzählen, die in den vergangenen Monaten vom Beirat gestaltet wurden. Interessante Hinweise auf mögliche Steuergeldverschwendung wurden zur weiteren Recherche an den Landesverband weitergeleitet. Für die Mitglieder steht der Beirat gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Broschüre „Erben und Vererben“ des BdSt (Bild) kann kostenlos bei der Landesgeschäftsstelle angefordert werden.